

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-74105](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-74105)

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 6.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanfragen und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren: für die einseitige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftraggeber aus dem Kreistat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Kreistats wohnende 35 Pfg. Kleinzeilen kosten 1 Mark die Zeile. Anzeigen-Einnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unerlangt eingekannter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 260.

Wasserfede, Donnerstag den 6. November 1919.

59. Jahrgang.

Wir sind allzumal Sünder.

Uns Berliner politischen Kreisen wird uns geschrieben: Es verlohnt sich, bei der Zeugenaussage des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung mehr als nur einen Augenblick zu verweilen. Nicht bei ihren Einzelheiten; sie haben im Grunde wenig Neues gebracht, haben nur Dinge in unsere Erinnerung zurückgerufen, die, als der Krieg noch nicht verloren war, uns allen gegenwärtig waren und die nur durch die furchtbare Niederlage und alles, was sich ihr angeschlossen, in unserem Bewußtsein verdrängt worden sind. Zwei, drei Jahre sind erst darüber hingegangen — wer aber hat heute noch alle Vorgänge jener kampferfüllten Tage im Gedächtnis, da dieser Kanzler einen Ausweg, eine Rettung suchte aus all den Gegenständen und Gezeiten, von denen er sich und das Deutsche Reich umdrängt sah. Man hatte sich nur zu sehr in eine einseitige Betrachtungsweise verloren: dort oben, auf den Höhen des Volkes, dort drüben, in den gemäßigten Parteienlagern, die Schutzbügel, die Fluchbeneden — und hier, in der Wahl des Volkes, die Opfer und nur die Opfer ungeheurer Verbrechen oder doch unvermeidlicher Fehler, begangen durch Staatsmänner, Generale, Politiker, Parteien, die jetzt für ihre Taten unbedingt zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Stimmt es so und läßt man sich recht daran, das Strafgericht in Funktion treten zu lassen?

Gern, sagt Herr v. Bethmann Hollweg, ganz so stimmt es doch nicht. Gewiß bestanden zwischen der Partei und der Obersten Heeresleitung Meinungsverschiedenheiten, auch in allerdingigen Kriegssachen. Aber waren Kündigungen und Ausdauern nicht vom ganzen Volk als die höchsten Autoritäten anerkannt, bestand nicht auf allen Seiten volles Einverständnis darüber, daß ihr Wille zu befolgen habe, solange wir uns freiheitlich und Leben kämpfen mußten? Hat nicht auch der Reichstag sein Möglichstes, um diese Autorität durch stets erneuerte Vertrauensstimmungen zu stärken, und hat nicht sogar die Zentrumspartei ausdrücklich beschlossen, der Reichskanzler habe sich in der Frage des unbeschränkten U-Boot-Krieges dem Willen der Obersten Heeresleitung anzuschließen und werde, wenn er dies tue, die volle Unterstützung der Partei finden? Hat, wenn die Forderung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von einem oder einigen, weil einem schwachen Frieden nichts wissen wollte, nicht so ziemlich das ganze Volk, die ganze Armee hinter sich gelassen? Wer will heute, wo es freilich leicht ist, sich durch flüchtige Reden, durch rufmässige Vorwürfe, durch die Schuld an unserem Zusammenbruch auf andere wälzen, an diesem Namen ein Summenbruch, der nur möglich gewesen ist, weil wir alle geglaubt haben — das ist der Standpunkt, den Herr v. Bethmann Hollweg einnimmt, und den er, mit dem unbereiten stillen Ernst, der ihn stets ausgezeichnet hat, auch in dem Reichsverband der Reichstagsfraktion mit Nachdruck verteidigt.

Die philologische Grundannahme seines Wesens hat den Weltkrieg überdauert. Er ist ihm zurechtgewandt, von Gegnern verurteilt, von Freunden mehr oder weniger heimlich belächelt worden, aber Hand auf's Herz: hat er nicht die Wahrheit auf seiner Seite, indem es überhaupt gegeben ist, Wahrheit von Irrtum untrennbar zu unterscheiden? Und wenn man auch zugeben muß, daß bei diesem Kriegskanzler der Drang nach unparteilicher Erkenntnis größer gewesen ist als der Wille zur Tat, daß die ungeschwätzten Aufgaben, die ihm gestellt waren, kritisch, häufige, schwerfällige Kritik geübt haben an ihm und dessen doch nicht die einzigen, die ihn heute auf die Begegnung gebracht haben und ihn dort durch Fragen und Bemerkungen in Verlegenheit zu bringen suchten, sondern gerade die „Alldeutschen“, die sogenannten Kriegsbeyer und Kriegsverlängerer, die man heute für alles Unglück unseres Volkes verantwortlich macht. Und wenn daraus erwirbt wird: gerade darin liegt ja das Verschulden Bethmann Hollwegs, daß er diesen Leuten nicht tüchtig auf die Finger geklopft hat, daß er sie, unter dem Schutze der von der Obersten Heeresleitung instruierten Denkschriften, gewähren ließ, während die gegnerischen, die friedensgeneigten Volkskräfte verfolgt und behindert wurden, so muß die Erkenntnis immer wieder die Kleinigkeit in Erinnerung gebracht werden, daß wir im Krieg standen, und daß man Kriege nicht gewinnen kann, wenn man dabei nur vom Frieden und immer wieder vom Frieden spricht. In Frankreich, in Belgien werden heute noch langjährige Freiheits-, ja sogar Lebensstrafen verhängt über diejenigen, die sich als „Defaitisten“ gegen die Kriegsführung vergangen haben, während im Krieg dort sowohl in Italien ganze Truppeneliten dezimiert wurden, die der Gefahr ungetriggelter Friedenspropaganda zu erliegen drohten. Unterer Regierung soll aber ein Strich daraus gedreht werden, das sie, während wir uns in Ost und West, in Nord und Süd übermächtig zu Hause zu erweitern hatten, diese Friedenspropaganda zu Hause nicht übermächtig werden ließ. Vor dem Urteil der Geschichte wird weder die Oberste Heeresleitung noch der Reichskanzler um deswillen verdammt werden, und die Gegenwart läßt sich daran, sich betrieilen einigermassen, wie er auf die Schäden der Gerechtigkeit zu blicken.

Wir sind allzumal Sünder, sagt Herr v. Bethmann Hollweg. Eine alte Weisheit, die ewig neu bleibt. Wie

wir uns nicht zu ihr bekennen, wird die Krankheit, deren Duld auf uns allen lastet, nicht zu überwinden sein.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Die demokratischen Aufgaben der Regierung. Reichsjustizminister Schiffer hielt in Magdeburg eine Rede, in der er davon ausging, daß die Demokraten keinen Einfluß hätten, den 9. November festlich zu begehen. Der Tag des Niederbruchs kann das Herz nicht froh stimmen. Die Sozialdemokraten hätten die Leistung nicht übernehmen können, wenn sich ihnen nicht Offiziere und Beamte zur Verfügung gestellt hätten. Der Wiedertritt der Demokraten in die Koalitionsregierung erfolgte zum Schutz der Reichsverfassung gegen rechts und gegen links. Bei den Eintritsverhandlungen wurden sämtliche wichtige Fragen berührt, die Möglichkeit der Einschränkung der Streiks wie der Abbau der Erwerbslosenfrage. Wir stellen so fest, daß wir ein Stück Weges aufgenommen hätten; auch beim Betriebsratsgesetz ist das der Fall. Es besteht Aussicht, auch über dieses Gesetz zu einer Einigung zu gelangen. Reichskanzler Bauer hat nicht gesagt, daß das Betriebsratsgesetz unverändert bleiben müsse, sondern daß er den Eindruck habe, man könne bei Wahrung des Grundcharakters zu einer Einigung kommen. Der Bruch des Erhaltung des Unternehmungsgeistes muß bleiben. Er hat uns in der Welt groß gemacht.

Französischer Antrag auf Zulassung Deutschlands in Washington. Wie erst jetzt aus den soeben eingegangenen französischen Blättern bekannt wird, hat nach einer Meldung des „Echo de Paris“ vom 1. November der Generaldirektor des französischen Arbeitsministeriums, der antike Vertreter Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz, Arthur Fontaine, den Antrag auf Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten gestellt.

Großdeutsche Freiheitspartei ist der Name einer am 2. November neu gegründeten Partei. Unter den Gruppen, aus denen sie zusammengefloßen ist, ist die nationaldemokratische und die deutschsozialistische genannt, deren letztere in Dithmarschen, Südbutoland und Westdeutschland bereits an zahlreichen Stellen Ortsgruppen besitzt, welche aus der Mehrheitssozialdemokratie ausgeschiedene Mitglieder umfassen.

Neuregelung der Schulaufsicht. Dem preussischen Kultusministerium sind jetzt die Bestimmungen über die Aufhebung der Ortschulaufsicht ergangen. Die bisherige Aufsicht über die öffentlichen Schulen soll in der Regel in erster Linie auf die Beauftragten der einzelnen öffentlichen Anstalten übergehen. Nur wo dies nicht möglich ist, sind die Kreis- und Provinzialinspektoren wieder heranzuziehen. Eine weitere Verfügung des Ministers beschäftigt sich mit dem Vorstoß im Schulvorstand. Sie lautet: „Das Interesse der Schulen verlangt, daß die am meisten geeigneten Persönlichkeiten ohne Rücksicht auf Stand, Beruf oder Partei dazu beauftragt werden, den Vorstoß im Schulvorstand zu führen. Die im April bereits erlassenen Bestimmungen sollten lediglich die Vorrichtung beilegen, daß mit Rücksicht auf seine Aemlichkeit meistens der Ortschulaufsicht als die am besten geeignete Person anzusehen ist. Der Lehrer und der Gemeindevorsteher kann ebenso gut wie der Ortschulaufsicht der Vorstoß im Schulvorstand übernehmen. Die Auswahl der Bewerber soll künftig vorurteilslos unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Förderung der Schule erfolgen.“

Deutscher Landwirtschaftsrat. Die 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, die auf den 5. und 6. November nach Berlin einberufen war, hat infolge Einstellung des Verkehrswesens vertagt werden müssen. Als neuer Vorsitzender ist der frühere preussische Landwirtschaftsminister Freiherr v. Ederlemer-Dier in Aussicht genommen.

Zum Verbot der Münchner Revolutionsfeiern wird vom dortigen Reichswehr-Gruppenkommando 4 im Einverständnis mit dem Ministerium auf dem Befehl vom 31. Oktober 1919 betr. Revolutionsfeiern erläßend verfügt: 1. Der Abbruch der Feiern hat am 9. November oder an anderen Tagen stattdessen bis Eintritt der gesetzlich eintretenden Polizeistunde zu erfolgen. 2. An dem schon bisher bestehenden Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen ist nichts geändert. 3. Die Versammlungs- und Demonstrationen sind von den bekanntgegebenen Militärstellen einzubullen.

Franzreich.

Auch König Ferdinand. Die Pariser Blätter geben ein Telegramm aus Sofia wieder, nach dem die Strafverfolgung gegen den früheren König Ferdinand und den General Savonov eingeleitet werden soll, weil letzterer auf Veranlassung des Königs Ferdinand nach Abbruch des Waffenstillstands die deutsche Militärmission in Sofia habe veranlassen wollen, mehrere deutsche Divisionen nach Bulgarien zu senden, die in Gemeinschaft mit dem bulgarischen Heer die Heere der Entente, die nach den Waffenstillstandsklauseln bulgarisches Gebiet besetzen, ausgrenzen.

Amerika.

Die Abstimmung im Senat. Senator Lodge brachte im Senat den schriftlichen Antrag ein, daß der 12. November als Zeitpunkt für die endgültige Abstimmung über den Friedensvertrag von Versailles festgesetzt wird. Senator Dickinson beantragte den 10. November als Abstimmungstag. Senator Hoar hat zwei neue Vorbehalte eingebracht. Beide Vorbehalte in Washington stimmen also darin überein, der untersten Senatsdebatte demnach ein Ende zu machen.

Aus In- und Ausland.

Stuttgart. Die Einberufung des württembergischen Landtages auf den 4. November ist wegen der Einstellung des Eisenbahnverkehrs wieder rückgängig gemacht worden.

Stuttgart. Der Zuwachs der württembergischen Bevölkerung beträgt im Zeitraum von 1910 bis 1919 nur 189 185 Personen, während von 1900 bis 1910 ein Zuwachs von 286 094 Personen zu verzeichnen gewesen war.

Verfaßtes. Amerikanische Bank in Polen sollen einen Vorstoß von 20 Millionen Dollars rückwärts in zwanzig Jahren mit sechsprozentiger Verzinsung bewilligt haben.

Berlin. Die bayerische Gesundheitsbehörde in der Schweiz hat am 1. November ihre Tätigkeit eingestellt.

Schiffahrt. Die Wismutwerke haben vom Flottenchef den Kommandanten Schmitt ernannt, der früher ein bekannter Führer der Schwarzen Hundert und ein Günstling des Jaren war.

New York. Deutschland kauft große Posten Baumwolle guter Qualität auf, wofür es zum Teil Kredite erhält, zum Teil neutrale Kredite benutzt.

Bergarbeiterstreik in Amerika.

500 000 Ausständige.

Im Mittelpunkt der Ausständigen sind Truppen bereitgestellt worden, um etwaige Unruhen zu unterdrücken.

Die Gewerkschaftsführer behaupten, daß die Zahl der streikenden Bergleute in den Vereinigten Staaten 500 000 übersteigt. Ausstellungen sind bisher nicht gemacht worden.

Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der gesagt wird, daß die Streikenden das Gesetz brechen. Wegen 84 Streikführer ist bereits ein Strafverfahren eröffnet worden, sie sollen in Schußhaft genommen werden. Die Führer des Bergarbeiterverbandes haben dem auch den Streikbeschluss nicht unterzeichnet, so daß die Streikenden auch nicht aus Verbandsmitteln unterstützt werden. Samuel Gompers, der Präsident der Arbeiterverbände, tadelt das scharfe Vorgehen der Regierung und warnt sie, daß infolgegefallen andere Arbeitergruppen in Sympathiestreiks treten können. Wilson hat einen Kohlenhöhlenstreik beigelegt und den Kongress erlucht, das Kohlenverteilungs-gesetz für noch sechs Monate nach dem Kriegesgüte gültig zu erklären. Die Schiffahrt ist ebenfalls gefährdet. Die Forderungen der Ausständigen sind: Eine 60prozentige Lohnsteigerung, Verkürzung des Sechstages um 2 Tages, anderthalbfache Lohnsteigerung für Überstunden, Doppel-löhne für die Feiertage und Befreiung der Strafen wegen Nichteinhaltung des Arbeitsvertrages.

Tariffkämpfe in Dresden.

Die kaufmännischen Angestellten des Großhandels, der Industrie, der Expedition, der Schiffahrt und des Fuhrwesens in Dresden sind Montag zur Durchführung ihrer Tarifforderungen in den Ausstand getreten. Die Expedition und die Schiffahrt ruhen vollkommen, darunter der Hafenbetrieb. Ebenso ist die Lebensmittelversorgung unterbrochen. Vollständig ausständig sind die Angestellten der Bigarettenindustrie. Viele Großbetriebe des Handels und der Industrie ruhen ebenfalls vollständig.

Verschärfung des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Eine Montag abgehaltene Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes faßte einen Beschluß, in dem es heißt:

Die Vorschläge der Unternehmer über die Aufnahme der Arbeit sind völlig unannehmbar. Streik ist keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Streikenden, Ausgesparten und Entlassenen sind bei der Wiederaufnahme der Arbeit gleichzustellen. Alle Entlassungen sind rückgängig zu machen. Die Fünfschneckerkommission erhält den Auftrag, den Unternehmern nochmals die Forderung der Streikenden, daß der Arbeiterstreik werden diejenigen Rechte gewährt, die die wie bei Ausbruch des Streiks in den Betrieben hatten, zu unterbreiten. Um diese Forderung zu unterstützen, und um den Anschlag der Unternehmer auf bestehende Rechte der Arbeiter abzuwehren, ruft die Generalversammlung alle nach in Arbeit stehenden Metallarbeiter Groß-Berlins auf, sofort in den Solidaritätsstreik einzutreten. Die politischen Vertretungen der Arbeiterklasse fordert die Generalversammlung auf, alle für den Generalstreik notwendigen Vorbereitungen zu treffen und ihnen (sollten die Unternehmer von ihrem die Grundrechte der Arbeiter bedrohenden Verhalten nicht ablassen) nach Ablauf von 83 Stunden zu erklären.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, den 5. November 1919.

Infolge der Personenzugsperrung treffen die Postkutschen bei uns hier unregelmäßig und oft sehr spät ein. Wir bitten daher, alle Zuwendungen, einzel- oder Verträge, möglichst frühzeitig zu schicken.

Schiffahrt des „Ammerländer“

— 1. Aus Anlaß der Zugbeschränkungen werden Postkutschen mit folgenden Zügen von hier abgefahren: nach Oldolt (Anschluß nach Oldenburg) 8 Uhr vormittags, 11⁴⁵ Uhr vormittags und 7³⁰ Uhr abends, nach Halsbet (Eggeloge) 2 Uhr nachm. — Es kommen Postkutschen an von Oldolt (Oldenburg) mit den Zügen 9³⁰ Uhr vorm. und 5 Uhr nachm., von Halsbet (Eggeloge) mit dem Zuge 7³⁰ Uhr abends. — Die Briefkästen im Orte werden um 7 Uhr vorm., 10³⁰ Uhr vorm. und 6 Uhr nachm. geleert. Die Ortsbefestigung beginnt um 11 Uhr vormittags und 6 Uhr nachm. —

— 2. Der strenge Winter scheint sich hier doch längere Zeit festsetzen zu wollen, denn der scharfe, kalte Ostwind will noch immer nicht weichen. — Es ist ein seltsames Naturereignis und bietet dem Beschauer einen eigenartigen Anblick, daß, während die Erde mit hartergefrorenen, knisterndem Schnee bedeckt ist, einige Bäume noch ihren herbstlichen Blätterkronen tragen, eine Erscheinung, die wohl auf den diesjährigen feuchten Sommer zurückzuführen ist.

— 3. Der Jäger-Verein für das Ammerland hielt am vergangenen Sonntag im „Hilfenholter Krug“ seine Herbstversammlung ab, welche gut besucht war.

Nach Begrüßung der Versammelten durch den Vorsitzenden, Herrn W. Kämmer aus „Conneforde“, wurde mit den Verhandlungen begonnen. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Erhöhung des Jahresbeitrages, der sich bisher auf 2,50 Mark stellte. Infolge Erhöhung des Bezugspreises des „Bienenwirtschaftlichen Zentralblattes“ auf 2,50 Mark und Festsetzung des Jahresbeitrages zum Bienenwirtschaftlichen Landesverein auf 20 Pf. für das Mitglied wurde der Vereins-Jahresbeitrag einstimmig auf 4 — vier — Mark festgelegt.

Der Jäger-Verein Hannover hat wegen der vielen Diebstahlschäden die Hebung eines weiteren Beitrages von 20 Pf. für das Standvolk für 1919 ausgeschrieben. Erst nach Abführung dieses Nachschusses ist eine Beseitigung der Schadenfälle möglich.

Für 1920 ist ein Sonderat für Diebstahl- und Frevel-Schäden in Aussicht genommen. Daneben bleibt aber die Versicherung für Haftpflicht, Feuer- und Wasserschäden bestehen. Für die zuerst genannten Fälle werden ein höherer Beitrag — etwa 1 Mark — fürs Volk, für die zuletzt genannten Fälle — wie bisher — 5 Pf. für den Standort erhoben. Für gestohlene Bienenstöcke sollen alsdann etwa 50 Mark vergütet werden. Die November-Nummer des „Bienenwirtschaftlichen Zentralblattes“ wird wohl das Nähere darüber bringen.

Zutreffenfalls müssen diejenigen Jäger, welche ihre Bienen gegen Diebstahl und Frevel weiter versichern wollen, entsprechende Anträge beim Geschäftsführer stellen. Der Vorsitzende erinnerte an die reifliche Abreise aller Wachs-Erzeugnisse und wies darauf hin, daß eine Kontrolle darüber auf Grund der Zucker-Bezugs-Liste ausgeübt werde. Wer sich dieser Abreisepflicht entzieht, wird strafrechtlich verfolgt.

Mit der Honigablieferung sind noch viele Jäger im Rückstand, trotzdem dieselben durch Brief hieran noch besonders erinnert worden sind. Wer seine Verpflichtungen nicht erfüllt, hat fürs nächste Jahr ausnahmslos Zucker-sperre zu gewärtigen.

Die nächste Versammlung wurde für den 23. Januar d. Jahres, den „Vereinsgründungstag“, angesetzt.

Hierauf nahm der Geschäftsführer die Jahres- und Versicherungsbeiträge entgegen, und die Versammlung wurde um 6 Uhr geschlossen.

* **Schnelligkeitsprämien für Kartoffellieferungen.** Um eine stärkere Kartoffellieferung nach den Bedarf zu erreichen, sind zur Verringerung der augenblicklichen Versorgungsbedürfnisse vom Eisenbahnministerium einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrsweises geplant. Mit Wirkung vom 3. November wird angeordnet, daß für jeden bis 15. Dezember auf die Abgabe abgeklärter Sorten Speisekartoffeln neben den bisher auf Grund der Verordnung vom 15. Juni 1918 festgesetzten Höchstpreisen und Zuschlägen eine besondere Schnelligkeitsprämie von 2 Mark gesamt werden darf. Weitere Erwägungen über Gewährung von Preis- und Zuschlägen bei Erfüllung eines größeren Teiles des Abreisungsbedarfs sowie über Kurverhängung von Dämmmitteln an die Landwirte schweben. Eine Erhöhung der Zuschläge aus Reichsmitteln kommt nicht in Frage.

* **Der Export nach Frankreich.** Eine halbamtliche französische Erklärung besagt, daß die Einfuhr aus Deutschland von einer besonderen Ermächtigung durch das Ministerium für den wirtschaftlichen Wiederaufbau abhängig sei. Aus dem besetzten rheinischen Gebiet bedürfen nur Holz, Kalk, Zement, Eisen, Stahl, Backsteine und Ziegelsteine einer Einfuhrermächtigung. Außerdem seien Briefe und Telegramme gestattet und die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Verbindungen mit dem Feinde straflos.

— (1) **Garnhof.** Gestern bemerkten hiesige Jäger die Fährte eines Fuchses im Schnee. Sie spürten dem roten Räuber nach und konnten das große ausgewachsene Tier zur Strecke bringen.

— (2) **Bad Zwischenahn.** Den Hinweis, daß die Zahlungen an die Elektrizitätsgenossenschaft vom Rechnungsführer direkt an die Spar- und Darlehnskasse überwiesen werden können, werden die Bürger gern befolgen. Die Abholung des Geldes durch den Boten fällt damit fort. Die Straßenbenennungen, die der Ortsauschuss neulich festgelegt hat, sind nun endgültig angenommen. Man wird nun bald die Schilder und Hausnummern anbringen. Anwohnern der Straße „am Hogenhagen“ ist es vom Ortsauschuss gestattet worden, elektrisches Licht zur Straßenbeleuchtung anlegen zu lassen. Der neugebildete Verkehrs-ausschuss hat eine Eingabe an das Ministerium vorbereitet, die Bezeichnung „Bad Zwischenahn“ als berechtigt anerkennen.

□ **Bad Zwischenahn.** Fernsprechanträge haben erhalten: Bernhard Bruns, Eltern, unter Nr. 295, Dr. med. Koenigshaus unter Nr. 237. Der Anschluß Nr. 229 (früher Reinhard Tack) wurde Herrn Adolf Kohn, Elektrotechn. Geschäft, übertragen.

* **Edewecht.** Fernsprechantrag unter Edewecht Nr. 37 erhielt die Kanalmeisterei (Kanalmeister Segt) hierseits.

— 4. **Edewecht.** Am Sonntag, den 26. Oktober, wurde hier eine Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei gegründet. Nach einleitenden Worten des Versammlungsleiters, Herrn Rechnungsrat Boppden-Zwischenahn, hielt Herr Baurat Ritter Oldenburg einen feierlichen Vortrag über die Ziele und Aufgaben der Deutschen Volkspartei, sowie über wirtschaftliche und nationale Forderungen. — Mit einem dreimaligen Hoch auf unser geliebtes Vaterland wurde die Versammlung nach kurzer Ansprache geschlossen.

— (5) **Oldenburg.** 4. November. Der Zusammentritt des Landtags muß um 8 Tage — bis zum 18. November — verschoben werden, da die Abgeordneten wegen der Personenzugsperrung nicht nach hier kommen können. Ende dieser oder Anfang nächster Woche werden neue Vorlagen verteilt.

— In auswärtigen Zeitungen war zu lesen, daß die Eisenbahn-Direktion bei der demnächstigen Uebernahme durch das Reich ausgedehnt und nach Bremen bezug. Hamburg verlegt werden solle. Wie uns mitgeteilt wird, ist an zuständiger Stelle darüber nichts bekannt. Im Gegenteil wird angestrebt, daß die hiesige Eisenbahn-Direktion vergrößert und ihr auch die Bahnen in Ostfriesland angeschlossen werden. Es besteht begründete Hoffnung, daß diese Bestrebungen sich erfüllen lassen. Für unsere Stadt ist diese Frage von der größten Bedeutung.

— Eine geheimnisvolle „Butterschiebung“ beschäftigt gegenwärtig unsere Behörden. Auf dem Bahnhof in Hannover traf kürzlich eine Ladung mit 20000 Pfund Wollereibutter unter falscher Inhaltsangabe ein. Die Butter wurde hier für 15 bis 20 Mark das Pfund im Schleichhandel umgelegt, bis die Polizei davon Kenntnis bekam und den Rest beschlagnahmte. Nachforschungen haben ergeben, daß die Butter aus dem Oldenburgischen stammt. Der Absender hat bisher nicht ermittelt werden können.

Riesenumfang amerikanischer Zeitungen.

Während bei uns neben vielen anderen Blättern auch die Papiernot zu bitteren Klagen Anlaß gibt, scheint man in Amerika die letztere nicht zu kennen. Somit wäre es jedenfalls nicht möglich, dort die Zeitungen in dem Riesenumfange erscheinen zu lassen, wie er uns bei vielen Blättern entgegentritt. So landete Herr Johann Voltes aus der vor kurzem im „Ammerländer“ mehrfach erwähnten Stadt Wichita (Kansas) an Detonomierat Friedrich Deffen in Oldenburg ein Exemplar des „Wichita Eagle“ vom 28. September ds. Js. (Sonntagsausgabe), das nicht weniger als 2 Pfund im Gewicht hatte und aus 31 großen Bögen mit 124 Druckseiten bestand, jede Seite in einer Größe von reichlich 60,45 Zm. Vergleicht man den Umfang eines solchen Blattes mit dem der Bibel, so wird die letztere, so unglaublich es klingt, noch ziemlich weit übertroffen. Denn diese einzige Nummer des „Eagle“ deckt mit ihren 31 Bögen einen Flächenraum von ungefähr 17 Quadratmetern, während nach einer flüchtigen Berechnung die etwa 700 Blätter des zum Vergleich herangezogenen Exemplars der Bibel zusammen nur eine Fläche von rund 15 Quadratmetern ausmachen. Die bedruckte Oberfläche beim „Eagle“ würde demnach ca. 34 Quadratmeter umfassen, bei der Bibel dagegen nur ca. 30. Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über den ungeheuren Vorrat an Papier, den man da drüben zur Verfügung hat, über die große amerikanische Schaffenskraft, über die dortigen gewaltigen technischen Hilfsmittel, oder über die Lust und Fähigkeit der Yankee, die ihnen gebotene Riesenfülle an Leiestoff mit Auge und Verstand zu bewältigen.

Lezte Drahtnachrichten.

— **Berlin.** 5. Novbr. General Radant, Vorsitzender der internationalen Waffenstillstandskommission, hat in einer Note an den Präsidenten der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, daß nach einer Entscheidung des französischen Unterstaatssekretärs für Militärjustiz alle bisher in Frankreich zurückgehaltenen und nun einbehaltenen Soldaten in die Heimat entlassen werden sollen.

— **Washington.** 4. Novbr. Meldung des „N. B.“ Der Senat hat ohne Debatte mit 46 gegen 43 Stimmen den Antrag Lodge auf Streichung der Bestimmungen bezüglich Schantung im Friedensvertrag abgelehnt.

— **Helsingfors.** 5. November. Die finnische Regierung hat heute offiziell mitgeteilt, daß Finnland außer Stande ist, militärische Hilfe gegen die Bolschewiken zu gewähren und begründet diese Weigerung mit den begrenzten militärischen und finanziellen Hilfsquellen. Dagegen fanden Verhandlungen über neue freiwillige militärische Hilfe statt.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Eilers in Westerstede Druck und Verlag von Gerhard Ries in Westerstede

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ämt. Westerstede, den 1. Novbr. 1919.

Auf Vorschlag der Kreisasse werden für 3. bezw. 4. Vierteljahr 1919 folgende Hebungstermine festgesetzt:

1. Gemeinde Westerstede	November 7
2. „ Zwischenahn	„ 11
„ Bauerzucht Zwischenahn	„ 11
„ Zwischenahrsfeld	„ 11
„ Kaihausen	„ 12
„ Spiden	„ 13
„ Etern	„ 14
„ Dänishorst	„ 14
„ Ohrewege	„ 14
„ Kolltrup	„ 15
„ Helle	„ 15
„ Elmendorf ohne Langebrügge, Klein-Garnholt und Willbrooks-moor	„ 12
„ Bezirk Langebrügge, Klein-Garnholt und Willbrooks-moor	„ 18
„ Bauerzucht Althausen	„ 13

Es kommen zur Hebung:
in der Gemeinde Westerstede Sporteln, Straßengelder, Zahlungen für den Baubestandsfonds usw.,
in der Gemeinde Zwischenahn Brandversicherungsbeiträge, Einkommen-, Vermögens- und Besitzsteuer, Sporteln, Straßengelder, Zahlungen für den Baubestandsfonds usw.

Zur Einkommen- und Vermögenssteuer wird ein Zuschlag von 110% erhoben.

Die Hebungstermine für die Gemeinde Zwischenahn werden, abgesehen von Langebrügge, Al-Garnholt und Willbrooks-moor, wie bisher, in Zwischenahn abgehalten. Hebungstermin 8-12 Uhr vormittags. Nachmittags, sowie am 6., 8.-10. Dezember keine Hebung.

Die zugestellten Steuer- bzw. Kostenzettel sind bei der Zahlung vorzulegen.

Am 11., 12., 13., 14. und 15. November ist das Geschäftsimmer der Ämtsstelle in Westerstede geschlossen. Münzebrod.

Ämt Westerstede.

Westerstede, den 31. Oktober 1919.

Bei der diesjährigen Nachprüfung der Ziegenböden von der Ziegenbodförmungskommission, Abteilung Edewecht, wurde der Bod „Hans“ des Pächters Joh. Schröder zu Südbewecht angeführt. Münzebrod.

Ämt Westerstede.

Westerstede, den 1. November 1919.

Die Rinde unter dem Pferdebestande des Wirts Denekas in Holtgast ist erloschen. Münzebrod.

Ämt Westerstede.

Westerstede, den 3. November 1919.

Bei einer Raub des Viehhändlers Georg Meyer in Westerstede ist die Frau- und Kleinkindersekte gestohlen. Das Geschäft des G. Meyer wird unter Beobachtung gestellt. Bezüglich der Verhaltensvorschriften und Strafbestimmungen wird auf die früher in Angelegenheiten der Frau- und Kleinkindersekte erteilten Bekanntmachungen verwiesen. Münzebrod.

Ämtsvorstand des Amtsverbandes

Westerstede.

Westerstede, den 1. November 1919.
Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Ausmaßung bei Roggen auf 82, bei Weizen auf 80 und bei Gerste auf 75 vom Hundert festgelegt ist. Münzebrod.

Ämt und Amtsgericht Westerstede.

Westerstede, den 30. Oktober 1919.

Anstelle des am 1. ds. Mts. in den Ruhestand getretenen H. Fritze in Edewecht ist heute der Kriegsbeschädigte Heinrich Otten in Edewecht als Amtsboten- und Gerichtsollgehergehilfe für die Gemeinde Edewecht bestellt und verpflichtet. Münzebrod. Stufenborg.

Oberförsterei Barel.

Der Holzverkauf im Südhelz wird infolge der Verkehrlschwierigkeiten auf einen später zu bestimmenden Zeitpunkt verlegt.

Der Oberförster.

Am Freitag den 7. ds. Mts.,

Schweine- u. Schafmarkt

Westerstede, den 4. November 1919.

Der Gemeindevorstand. Lanje.

Gemeinde Edewecht.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Gültigkeitsdauer der Kartoffelbezugscheine zur Veräußerungsberechtigung am 15. d. Mts. abgelaufen ist. Diejenigen Veräußerungsberechtigten, die ihren Schein bisher noch nicht geholt haben, wollen dies bis zum 15. d. Mts. spätestens im Gemeindebureau besorgen.

Der Gemeindevorsteher. Bunjes.

Suche zu verkaufen gegen

Dünger

2 Wg. Hagerstroß und 2 Wg. Roggenstroß.
H. Peters, Solzwarden.

Verloren auf dem Wege von Halsbet nach Eggeloge eine schwarzlederne Brieftasche Inhalt Briefmarken. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung bei Grün-Salsbet abzugeben.

U. Ohmschede in Westerstede

lucht zum 1. Mai einen

Knecht,

der landwirtschaftl. Arbeiten versteht.

Arbeitsnachweis Westerstede.

Für Roden von 2 Hektar

Bushland werden

mehrere Arbeiter

gegen Accord gesucht. Zu

melden bei Joh. Bruns,

Zwischenahn oder Landes-

arbeitsnachweis Zwischenahn.

Billich zu verkaufen ein

gut erhaltener Winterüber-

zieher u. Angug. Friedens-

ware. Anfragen an die Ge-

schäftsst. d. W. unter Nr. 10074.

Metalldellen

Stahlrohrmatten, Ankerketten,

Polster an Federbetten, Katalog frei,

Gilgmaßeldersdorf, Aufst. 1. Zutr.

Gummwaren

ausgezeichnet, ausverkauft,

Frauenartikel.

Wünsche erbeten. Verkauft aus

Kessinger, Dresden 400

Am 30. 37.

Edewecht. Zu verkaufen

eine mitgehende

Ruh

und ein

Zeder-Wagen.

D. Grahlmann, Badermst.

(Zernsprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Bierjahr durch die Koft bei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanfragen und Landbriefträger nehmen Befellungen entgegen. Anzeigen gehen in die einpaltige Kleintafel (oder deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Bfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Bfg. Retikanten kosten 1 Mark die Zeile.

Zeigen die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rüßabst verlieren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Vorkaufsstücken bei Aufgäbe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, ein Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

59. Jahrgang.

überstülpte Land ergießen wird, kann mit einer wachsenden Neigung, dem Staate zu geben was des Staates ist, maßhaltig nicht gerechnet werden, zumal Unbedecktheit, Verwöhnung, Genußlust sich immer breiter in aller Öffentlichkeit breitmachen und dieser Staat selber vielfach, seine niederen wie seine höheren Organe, mit schlechtem Beispiele vorangeht. Das alles flieht und weicht der Rechtskannegießer ebenso gut wie tregend jemand, und das mit halben Maßnahmen nichts mehr zu machen ist, läßt sich mit Händen greifen. Er muß aber dafür sorgen, daß Geld, viel Geld in den Reichthumell kommt, und deshalb voll fest etwas fester ausgedacht werden, als bisher möglich war.

Es ist also nicht nur das, was die Rechnen werden muß, führt über die Wirtschaftskräder der Banken, die ja vielfach über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse ihrer Kunden ungleich besser Bescheid wissen als die Steuerbehörden. Bisher hat man ihren Geschäftsbetrieb mit dem Publikum noch ziemlich unberührt gelassen, fortan aber soll er einer ganz unerbittlichen staatlichen Kontrolle unterworfen werden, weil man ja doch in Erfahrung gebracht hat, daß der Inhalt der Steuererklärungen mit den Eintragungen in die Bankkonten in vielen Fällen nicht ganz übereinstimmt. Durchschallt soll ein Bogen ausgefüllt werden zur Offenlegung eines Restes an in ähnlichen vergänglich Wertpapieren. Man will das erreichen durch die Vorkontrolle, das Zins- oder Gewinnanteilscheine solcher Papiere nur dann ausgeben, wenn die Berechnung, Entstehung, Gültigkeit festgestellt werden können, und zwar desjenigen, der die Zinsen oder Gewinne erhalten darf, und zwar desjenigen, der die ausschüttenden Binsbogen neben dem Zinsausweise befindet. Ist das Wertpapier im Ausland, so muß im Gemüchraum eines Dritten im Inland untergebracht, so muß die einfließende inländische Bank im Besitz eines natürlichen Nachweises über die anderweitige Unternehmung sein, wenn sie die Zinscheine einlösen soll.

zu. Mit Hilfe der Anstaltsfürsicht der Banken ist damit die Steuerbehörde in die Lage versetzt, sich Kenntnis davon zu verschaffen, welche inländischen Wertpapiere einer in Deutschland steuerpflichtigen Verlosung befähigt. Die Banken ihrerseits haben den Steuerbehörden Verzeichnisse ihrer Depotsunden, nach dem Stande vom 30. Juni 1919, mitzuteilen und sie von Zeit zu Zeit mit den sich ändernden zu versehen. Das gleiche gilt auch für Sparkassen und für öffentlich-rechtliche. Ihre Betriebe unterliegen ferner einer Prüfung durch besondere Beamte, mit der Maßgabe, daß sie bei ermittelter Unzuverlässigkeit im Sinne der oben genannten Bestimmungen geschlossen werden können. Jeder reichsrechtliche Bankbetrieb ist dem Landesfinanzministerium anzuzeigen; eine Konzeptionspflicht ist damit noch nicht eingeleitet, scheint aber bereits die Vorbereitung zu fordern. Natürlich fehlt es am Schluß des von Zeit zu Zeit mitzuteilenden Verzeichnisses der Depotsunden um Aufschlüsselung der einzelnen Vermögensgegenstände nach den verschiedenen an der Verlosung erhaltenden Verordnungen nicht an entsprechenden Strafbestimmungen; auch hat man nicht verstanden, daß den Gegenstand von staatsbankrott handhabenden dieser Art bildenden Werte zugunsten des Reichs verfallen zu lassen.

Früher hätte sich über die Zulässigkeit einer solchen Verordnung ein wahrer Debatteum erhoben. Heute kann nur noch darüber gestritten werden, ob sie der beschriebenen „fiatlerischen“ Erziehung geschädigten oder verletzten Vermögens“ in dem Maße, wie es sich von allen Seiten als notwendig ergegeben wird, ob nicht auch diesem wider die verhältnismäßig erdichteten Verzögerungen der Steuerzahler gefangen wird, während der Unselbstständigkeit der geistlichen und ständischen Vorden findet, durch die er auch jetzt noch den Banngründen der neuen Steuerordnung entweichen kann. Eine Hebung der Steuerumform ließe sich nur dann erreichen, wenn wirklich volle Gleichmäßigkeit der Bezahlung und der Verteilung der Steuern in allen Fällen gesichert wird. Davon waren wir bisher noch weit entfernt. Die vorerwähnte Vertheilung hat sich einige Besserung bringen, aber die Steuerlasten sind noch nur ein Stück zu, und die Vertheilung ist ungleich. Die Steuerzahler sind noch zu wenig zufrieden, die Steuerzahler die Anforderungen werden, mit denen er das Volk belastet. Die Steuerlasten stehen wie alle am Anfang dieses Jahrhunderts.

Sondergerichte — Buchthausstrafen.

Die Reichsjustizminister Schäfer erklärt, daß bei einer großen Gesetzesvorlage in Vorbereitung, die der Reichstheurer, dem Bucher und der Verlesung nach Maßstäben der Einhalt gebieten soll. Die Gesetzesvorlage soll in möglichster Beschleunigung im Wege der Verordnung Gesetzeskraft erhalten. Die Vorlage sieht die Einlegung von Sonberrichter, dem Buchergerichte, vor, die mit drei Juristen und zwei Laien (Produzenten und Konsumenten) besetzt sein sollen, und vor denen besonders schlechte und klare Fälle zur Beurteilung kommen sollen. Man will mit dem neuen Gesetz dem überhandnehmenden Schieberthum ein Ende bereiten, ohne auch nur im geringsten die Interessen des realen Handels schädigen zu wollen. Ordentliche Rechtsmittel soll es gegen die Urtheile der Buchergerichte nicht geben. Dagegen soll eine Wiederaufnahme des Verfahrens zulässig sein, ohne allerdings die Vollstreckung des Urtheils auf beeinträchtigen.

Die Urtheile sollen veröffentlicht werden. Fälle, in denen unfreiwillige Begegnungen oder Schwerverbrechen bewiesen worden sind, sollen veröffentlicht werden, sollen von den Sondergerichten nicht abgeurteilt werden, sie sollen vielmehr den ordentlichen Gerichten überlassen werden. Die Strafen, die die Richter zu verhängen können, werden sehr schwerer sein. In besonders schwer liegenden Fällen sollen Strafbußstrafen ausgedrückt sein. Auch Unterjagungen des Doubels können ausgesprochen werden.

Erzählungen über das englische Dardanellen-Abenteuer.
Den Engländern wird sehr klar sein, wie einigestimmt über die Verantwortlichkeit des des Dardanellen-Abenteuers mit etwa 200.000 britischen und alliierten Soldaten das Urteil fiel. Und das ist bisher der damalige Chef des Generalstabs, Winston Churchill, für die so unangenehm gewordenen Verantwortung gemacht. Bis zu einem gewissen Grade ist der Vorwurf richtig. Aber erst das lesen in London erschienene Buch des Admirals Fisher, der zu Beginn des Weltkrieges erster Seelord war und eines Tages die ganze britische Schlachtflootte in Scapa Flow versenken mußte und deshalb mit so frühen Erinnerungen verknüpften Briefeilen innerhalb der Offensen, in Sicherheit brachte, welcherzeit Licht über die vielumstrittene Angelegenheit und nennt den wahren Schuldigen: Lord Fisher.

Sieci Feldzugspläne lagen dem britischen Kriegsbüro vor. Der Zeit nach zuerst im Felde war Lord Fishers Vorschlag, der in den ersten Wochen des Jahres 1915 dem britischen Kriegstabellat unterbreitet wurde und der die Eroberung Belins durch ein großes russisches Heer vorsah. Die Russen sollten unter dem Schutze der britischen Flotte an der Küste von Schweslow-Möland landen und direkt auf die Reichsgrenz angreifen. Der alte russische Plan sah an-dererseits eine Freireise nach Ost-Sibirien und Gänge der „großen Eisenbahn“ nach Marasch dafür gesehen. Der Vorschlag scheiterte sogar. Herr Winston Churchill, ein dessen Schicksalstrauen und hohes Temperament oft den ähnl chen veralteten Unionsschwierigkeiten bereiten. Lord Fisher machte sich umverzüglich daran, die erforderlichen Fahrzeuge zu schaffen. Unter seiner persönlichen Aufsicht wurde in eilfandertztuniger Zeit eine Armada von 612 Schlachtschiffen und kleineren Fahrzeugen erbaut. Unterebote wurden fünf fähig in vier-ein Monaten vollendet. Die britische Nordsee-Flotte hatte 1915 eine neue Gefechtsflotte mit neun Monale, und Schlachtkräfte mit einer Verstärkung von 18- und 15-schlüssigen Brummen beschaffen. Seit Jahre nur elf Monate. Diese Flotte sollte die Dölle betreiben und vom Feinde reinigen.

Da kam in den ersten Tagen des Jums 1915 ein Meldung vom Großfürsten Nikolais, der sich im Kaukasus, in großer Bedrängnis befand und die englische Regierung ersuchte, ihm aus der Stenme zu helfen. Lord Kitchener, der allgemaine britische Kriegsminister, hörte den Ruf und drabte unüberzüglich, das Sille kommen werde. Er schrieb an den Ober der Konstantin, Winston Churchill und den englischen Premierminister, das Sille kommen werde. Er schrieb an den Ober der Konstantin, Winston Churchill und den englischen Premierminister, das Sille kommen werde. Er schrieb an den Ober der Konstantin, Winston Churchill und den englischen Premierminister, das Sille kommen werde.

Aus dem amtlichen Bericht der Sowjet-Regierung

In dem ornitischen Organ der Sowjet-Regierung, der Moskauer Zeitung „Iswestnik“, wird jetzt eine Liste der „Menschen, die die Revolution verurteilten“, aufgeführt. Es schließt sich eine detaillierte Liste der Namen an, die während der Gegenrevolution in der Exekution oder Verurteilung zum Tode verurteilt worden sind. Diejenigen Herren von Ansehen, haben sich das Unsterbliche der französischen Revolution 1789 zum Vorbild genommen, der einzige Unterschied ist, daß sie bei der Ausrottung der Aristokratie nicht die Guillotine, sondern die Hinke benutzten. Etwa 70 Namen von Leuten werden dort aufgeführt, die unter der alten Regierung hervorragende Stellen eingenommen hatten. Die Namen befinden in ihrer Gesamtheit ein Bild für sich, jene Größten des zarischen Regimes, das durch die einseitige Gewalt des Wladislaw Rasputin 1917 besonders Gerüche erhielt.

Hilf! Indononniotti war der unsichtbare, aber feld-
fühlbare Geist am Parenboe, der hinter den Kulissen
wirkte und durch Spionage einen unheilvollen Einfluß auf
den unglücklichen Selbstkaiser ausübte. Auch in die
Versehungungen an den Westmärtchen hat er vielfach hinein-
gewirkt. Mit Kaimutin verbanden ihn enge Beziehungen

Die Reichsregierung ist jetzt zu einem Generalangriff gegen Kapitalflucht und Steuerdrücker übergegangen — jetzt endlich, nachdem ungezählte Milliarden Kriegsgewinne, Wucher- und Schieberlöhne sich längst in Sicherheit gebracht haben. In der gleichen Zeit, wo eine wahre Flut von neuen Steuern sich über das mit Papiergeldbergen